de

News | 14.02.2013

Rebecca Harms zum Mehrjährigen Finanzrahmen

Am EU-Haushalt zeigt sich der Willen zu einer gemeinsamen Politik

Alle lieben Europa. Nur beim Geld hört die tiefe Zuneigung auf. Was wir im Straßburger Plenum in den Tagen vorher ahnten, das hat der Europäische Gipfel am 8.2. bestätigt. Der gemeinsame europäische Etat soll sinken. Die Lücke zwischen Zahlungsverpflichtungen und -ermächtigungen soll wachsen und damit auch das Defizit der EU.

„Na und?“, wird jetzt mancher fragen nach der Berichterstattung der letzten Tage. Die schwimmen doch in den Euros in Brüssel. Wir Dagobert Ducks von Brüsselhausen! Sooft der Versuch gemacht wird, die Dimensionen des EU-Haushaltes zu erklären, sooft treffen wir "Eurokraten", wie wir ja inzwischen alle tituliert werden, auf Unglauben. Die Billion, die dank der BILD, BAMS und Glotze durch die Köpfe geistert, ist einfach so unvorstellbar groß, dass niemand ernüchtert werden möchte.

Liebe Freundinnen und Freunde Europas! Sehr geehrter Herr Diekmann von der Bildzeitung! Diese Billion ist inzwischen auf gut 908 Milliarden (plus knapp 10 Milliarden, die als „flexibility instrument“ gedacht sind) gesenkt worden. Das ist nicht ein Jahresetat, sondern der Haushalt für sieben Jahre - und für über eine halbe Milliarde Europäerinnen und Europäer!

Alle die jetzt behaupten, der Haushalt sei zu hoch, unterschlagen wie viel sie selbst davon haben. Innerhalb des EU-Haushaltes für die nächsten 7 Jahre wird der Anteil für die Landwirtschaft noch einmal erhöht. Rund 39% des EU-Haushaltes gehen in den Agrartopf. Rechnet man noch die Kohäsionsfonds dazu, dann werden allein über diese Töpfe über 60% der europäischen Mittel fast direkt zurückfließen in die Mitgliedstaaten. Insgesamt werden sogar rund 94% des Haushalts an die Mitgliedstaaten überwiesen bzw. in den Mitgliedstaaten ausgegeben; "Brüssel" selbst, also die EU-Verwaltung, kommt lediglich auf gut 6%.

Aus den Agrar- und Kohäsionstöpfen werden die Mitgliedstaaten weiter die Großgrundbesitzer bedienen, die Agroindustrie beglücken und sicher noch viele Autobahnen bauen. Und man darf nicht unterschätzen, dass die Strukturmittel Voraussetzung und Flankierung für den Binnenmarkts sind - und vom Binnenmarkt profitieren die Nettozahlerländer, wie insbesondere das exportstarke Deutschland. Anstatt über die Gesamthöhe zu debattieren, müssten wir über die Haushaltsstruktur und die Qualität der Ausgaben streiten. Denn für Zukunftsinvestitionen wie Innovation, Bildung und Forschung bleiben jetzt gerade noch rund 13% übrig. Dabei könnte gerade hier ein wirklicher europäischer Mehrwert entstehen.

Deutschland hat einen Jahresetat von 360 Milliarden im Bund. Die Länder verfügen pro Jahr über etwas weniger. 2011 waren es knapp 320 Milliarden. Die Kommunen lagen etwa bei 190 Milliarden. (Zahlen

gerundet und orientiert an 2011). Im Jahr 2011 hat Deutschlands Beitrag zum EU-Haushalt bei ca. 20 Milliarden gelegen - und davon sind rund 11 Milliarden über verschiedene Programme wieder nach Deutschland geflossen. Die EU hat Deutschland im Jahr 2011 also unterm Strich 9 Milliarden Euro "gekostet" - das entspricht gerade mal 0,34% des Bruttonationaleinkommens und knapp 0,8% aller öffentlichen Ausgaben in Deutschland. Auch wenn der Deutsche Beitrag zum EU-Budget in den kommenden Jahren etwas steigen wird, ändert sich an der Tendenz wenig.

Diese Relationen müssen klar gemacht werden, damit nicht länger suggeriert wird, dass wir den größten Haushalt Europas in Brüssel verschwenden. Damit wir uns nicht missverstehen: Ich will gerne auch in Brüssel sparen. Ich sehe gute Möglichkeiten. Die Direktzahlungen in der Landwirtschaft müssen endlich gekappt werden. Europaweit kriegen 20% der Betriebe 80% der Mittel. Das ist ungerecht und unnötig! Wir brauchen keinen Milliarden schweren Forschungsreaktor ITER im Erdbebengebiet in Frankreich, der keinerlei kommerziellen Nutzen verspricht. Die Beamteneinkommen in Brüssel dürfen genauso wenig tabu sein wie in London, Paris oder Berlin. Unfair ist allerdings, dass die Beamten in Brüssel von David Cameron abgekanzelt werden, der aus seiner sinkenden Beliebtheit nur Europa-bashing lernt. Und wir können in Brüssel auch in den Etats für Reisen oder Aufwandsentschädigungen korrigieren. Es gibt dafür viele Vorschläge, die wir im Parlament auch vorgelegt haben, und die dann wie zuletzt die Fortführung einer Solidaritätsabgabe der EU-Beamten von den Regierungen in Berlin und anderswo ausgebremst werden. Dass die EU von manchen Mitgliedstaaten als gierig abgestempelt wird, ist nicht nur unehrlich sondern destruktiv. Mit unlauteren Argumenten wird das Vertrauen in die Europäische Union zerstört.

Bei aller Bereitschaft zum vernünftigen Haushalten: Im europäischen Haushalt muss doch der Wille zur gemeinsamen Politik, das Bekenntnis zu den gemeinsamen Zielen seinen Ausdruck finden. Die Staats- und Regierungschefs haben beim Gipfel erneut demonstriert, dass ihr Wille zur Gemeinsamkeit schwächer wird. Zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden der EVP, der Sozialdemokraten und der Liberalen haben wir unser Nein zum Kompromiss des Rates erklärt. Die nächsten Wochen werden spannungsreiche Auseinandersetzungen zwischen dem Parlament und dem Rat bringen. Uns Grünen geht es dabei um den europäischen Mehrwert. Jeder Euro, der gemeinsam in Klimaschutz, in Forschung, in neue Energieinfrastruktur, in Ausbildung und Integration von arbeitslosen Jugendlichen gesteckt wird, schafft europäischen Mehrwert. Jeder Euro. der in die gemeinsame Außenpolitik gesteckt wird, spart nationale Kosten. Gemeinsame Entwicklungshilfe und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, beispielsweise in Nordafrika oder im Osten, und humanitäre Hilfe, z.B. in Syrien, ist effizienter als Einzelmaßnahmen.

Wir wollen nicht im Geld schwimmen in Brüsselhausen. Wir wollen einen vernünftigen Haushalt, der den Zielen und Aufgaben angemessen ist, die wir zusammen mit den Staats- und Regierungschefs festgelegt haben. Und natürlich geht es hinter dem ganzen Streit ums Geld auch immer um die Frage: Was ist uns Europa wert? Nicht genug, finde ich. Und dabei rede ich nicht nur vom Geld.

Wie gut Europa sein kann, das hat das Europäische Parlament letzte Woche auch gezeigt. Die Abstimmung über den wichtigsten Bericht zur Reform der gemeinsamen Fischereipolitik war ein großer Erfolg. Hunderte von Regelungen, Milliarden Subventionen seit Jahrzehnten für die Europäische Fischerei und ein Fangquotensystem gibt es seit langem. Trotzdem sind 88% der Fischbestände in den Europäischen Meeren überfischt und bedroht. Immer mehr Aufwand muss die Fischerei für immer kleinere Fänge treiben. Inzwischen werden 60% unseres EU Fischkonsums durch Importe gedeckt. Die Überfischung ist ein globales Problem. Das soll enden. Das EP fordert die Umkehr. Fangmengen sollen nicht mehr erlauben als verantwortbar, damit die Bestände sich von nun an erholen können. Das erste Mal sollen die Fangmengen auf einem Nachhaltigkeitsfaktor basieren, der wissenschaftlich ermittelt ist. MSY ist die Zauberformel. Maximum sustainable Yield. Meine Kollegin Isabella Löwin, unsere Meeres- und Fischexpertin aus Schweden, hatte am Tag der Abstimmung Geburtstag. Und sie hat für uns nicht nur mit MSY gewonnen. Sie hat auch noch ein Rückwurfverbot hingekriegt. Vieles was die Fischer im Netz haben, das interessiert sie gar nicht. bis zu 50% des Fangs werden oft ins Meer zurückgeworfen, meist mehr tot als lebend.

Diese unwürdige und verschwenderische Praxis muss aufhören. Es ist absurd, wenn Fischer gegen die neuen Regeln angehen wollen. Ohne gesunde Fischbestände haben auch die Fischer keine Zukunft. Was im Europäischen Parlament mit großer Mehrheit gewonnen wurde, geht es vor den Rat. Mal sehen, ob die Fischereiminister das Prinzip der Nachhaltigkeit verstehen. Ilse Aigner wird in den Verhandlungen nicht nur auf Isabella Löwin sondern auch auf die entschlossen Berichterstatterin Rodust treffen. Und Lob gebührt auch der griechischen Kommissarin Damanaki. Wie schon der Umweltkommissar Dimas, der uns mit seiner Konsequenz beim Klimaschutz beeindruckt hatte, hat Frau Damanaki sich voll in die Reform gestürzt. Bei dieser griechischen Kollegin könnte sich Aigner ein paar Lektionen über Nachhaltigkeit holen. Am besten auch gleich für die Agrarreform. Über die stimmt das Europäische Parlament im März ab. Da sehen die Vorzeichen weit schlechter aus als beim Fisch.

Recommended

Press release

©jonathan-marchal



[Tilly METZ elected European Parliament Vice-President]

12.11.2026

Press release



[Ukrainian children in Russia: Parliament to call for u…]

11.11.2026

Press release

Tim Hurst (CC BY-SA 2.0)



[Methane Regulation: European Parliament capitulates to…]

22.10.2026

Press release

European Council



Meet Nicolae Ștefănuță at the Summit of Heads of State…

15.10.2026

Responsible MEPs



Rebecca Harms

Member

Contact person



Rebecca Harms

Member

Please share

- E-Mail